

Antrag Nr. 19-O-12-0007

SPD-Fraktion

Betreff:

Erweiterung des Flugplatzes Erbenheim (SPD)

Antragstext:

Der Ortsbeirat Erbenheim kritisiert erneut und nachdrücklich, dass er bei offensichtlich bestehenden Planungs- und Bauabsichten rund um den Erbenheimer Flugplatz weder beteiligt noch informiert wird. Auch die Tatsache, dass unsere Beschlüsse schlichtweg ignoriert werden, ist nicht länger hinnehmbar.

Begründung:

Bereits im Januar 2017 hatte sich der OBR mit verschiedenen Maßnahmen rund um den Flugplatz Erbenheim auseinandergesetzt (Ausbau Mittelpfad, Entwässerung und Sanierung Rennbahnstraße). Die Stellungnahme des zuständigen Dezernenten vom 30.06.2017 beschränkte sich im Wesentlichen auf die Aussage, dass die Bearbeitung des Projekts „Mittelpfad“ derzeit ruhe und eine Wiederaufnahme der Arbeiten von einem Signal der amerikanischen Streitkräfte abhängig sei.

In einem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag vom 27.11.2018 zum Thema „Gleis-Trasse; Finanzierung des Ankaufs von Grundstücken“ haben wir beanstandet, dass wir an Beratung und Beschlussfassung dieser Vorlage nicht beteiligt wurden, obwohl es sich nach unserer Auffassung um eine „wichtige Angelegenheit des Ortsbezirks“ handele und die nachträgliche Beteiligung gefordert.

In der Begründung hatten wir u.a. darauf hingewiesen, dass der inzwischen zuständige Stadtrat Kessler noch in der OBR-Sitzung am 16.10.2018 auf Nachfrage erklärt habe, dass die Zusammenarbeit mit den Amerikanern sehr positiv sei und es seines Wissens keine konkreten Planungs- und Bauabsichten (Schaffung einer 2. Flugplatzzufahrt, Anbindung und Ausbau Mittelpfad usw.) gäbe.

Diese Aussage ist jedoch offensichtlich falsch. So wurden bzw. werden nicht nur Grundstücke im Bereich der „Gleis-Trasse“ erworben. Inzwischen hat die SEG sogar das gesamte, recht umfangreiche Gelände der ehemaligen Gärtnerei Christ/Weinberger erworben. Weiteren Grundstückseigentümern im Bereich des Flugplatzes liegen dem Vernehmen nach unterschriftsreife Kaufverträge vor. Dieses Vorgehen macht jedoch nur Sinn, wenn - entgegen der bisherigen

offiziellen Erklärungen - massive Erweiterungsabsichten bestehen.

Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen: Wir fühlen uns als Ortsbeirat getäuscht und miserabel behandelt. Auch wenn wir „nur“ ein beratendes Gremium des Magistrats sind, so kann man mit den gewählten Interessensvertretern der örtlichen Bürgerschaft nicht umgehen. Diese Verhaltensweise ist nur geeignet die ohnehin schon vorhandene Politikverdrossenheit weiter zu verstärken.

Da die Hoffnung bekanntlich zuletzt stirbt, haben wir die Erwartung noch nicht aufgegeben, dass wir zumindest zu diesem unmissverständlichen Beschluss des Ortsbeirats endlich eine überzeugende Stellungnahme aus dem Wiesbadener Rathaus erhalten.

Antrag Nr. 19-O-12-0007
SPD-Fraktion

Wiesbaden, 05.03.2019

Reinhold
Fraktionssprecher